

Medienmitteilung

## **Bundesrat will das UBS-Abkommen mit den USA umsetzen**

### **BDP unterstützt den Entscheid des Bundesrates**

**Die BDP ist der Ansicht, dass das UBS-Abkommen mit den USA, trotz des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes, umgesetzt werden muss. Nur so kann der drohende Souveränitäts- und Rechtskonflikt, verbunden mit nachteiligen Folgen für den Finanz- und Wirtschaftsplatz Schweiz, vermieden werden.**

Die Bürgerlich Demokratische Partei der Schweiz BDP begrüsst das geplante Vorgehen des Bundesrates. Sie findet es richtig, dass der Bundesrat, wie im Abkommen vorgesehen, nun zuerst die nötigen Abklärungen mit den USA vornimmt und das weitere mögliche Vorgehen konsolidiert festlegt. Die BDP findet es auch richtig, dass das UBS-Abkommen in einem zweiten Schritt gegebenenfalls dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt wird. Das in diesem Fall angedrohte Referendum der SVP betrachtet die BDP als fährlässig gegenüber dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Rein rechtlich betrachtet ist ein Referendum auch nicht zwingend und politisch absolut unklug.

Oft wurde in den letzten Tagen auch die Forderung laut, die UBS solle nun die Verantwortung für die gemachten Fehler selber übernehmen und die Daten ausliefern. Die BDP hat grosses Verständnis für diese Haltung und es wäre mit gesundem Menschenverstand betrachtet, absolut richtig, dass die Verantwortlichen der UBS die begangenen Fehler ausbügeln müssten. Leider ist dieses Ansinnen, wiederum aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar. Wenn der Bundesrat die UBS auffordern würde, die Kundendaten herauszugeben, dann würde er die Bank auffordern, das Recht zu brechen. Leider handelt es sich hier nicht nur um ein Problem zwischen der UBS und den USA, sondern um einen Konflikt zwischen zwei Rechtsstaaten.

Die BDP ist überzeugt, dass der vom Bundesrat eingeschlagene Weg der einzig richtige ist und unterstützt das Vorgehen.

Auskunft:

NR Hans Grunder, 079 300 29 87

27.01.20010